

# Auswärtiger Ausschuss.

## Die Vertraulichkeit der Beratungen.

m. Berlin, 17. Juni.  
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute unter Vorsitz des Abg. K. Müller-Frankens (Soz.) zusammen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Beratungen nicht öffentlich sein. Die Mitglieder des Ausschusses sind aus allen Parteien genommen. Die Kommunisten hatten verkantet lassen, daß sie das Vertraulichkeitsgebot nicht abreißen würden. Der Vorsitzende fragte die anwesenden Kommunisten, ob sie gewillt wären, die Vertraulichkeit über die Vorkommnisse in den Kommissionen zu wahren. Abg. Stöcker (Komm.) protestierte gegen die Fragestellung des Vorsitzenden, ebenso wie dagegen, daß der Außenminister die Vertreter sämtlicher Parteien zu sich geladen hatte, mit Ausnahme der Deutschvölkischen und der Kommunisten, um mit ihnen vertraulich außenpolitische Probleme durchzusprechen. Außenminister Dr. Stresemann betonte, daß die Verhandlungen mit einzelnen Parteil Führern vor allem der Klärung der Frage gedient hätte, inwieweit die Regierung noch in der Lage sei, dem Auswärtigen Ausschuss vertrauliche Auskünfte zu geben. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß der Ausschuss gemäß einem Antrag des Abg. Graf Westarp (Deutschnat.), daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen. Dieser Beschluß geht an das Plenum des Reichstages. Der kommunistische Antrag auf Öffentlichkeit der Sitzungen wurde abgelehnt.

In der politischen Aussprache erläuterte Staatssekretär Bogt die Fragen, die mit der Reichseisenbahn zusammenhängen. Reichsbahnpräsident Dr. Schacht hoffte, die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden. Die Reichsbahn bleibe erhalten und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert. Gesandter Dr. Ritter sprach über die im Gutachten vorgesehene Herausgabe von Industrieobligationen. Außenminister Dr. Stresemann behandelte in ausführlichen Darlegungen das Sachverständigen Gutachten. Reichsfinanzminister Dr. Luther machte Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen für die Verhandlungen, soweit die Verbrauchsabgaben und Zölle hierbei in Betracht kommen. Dr. Stresemann wies noch darauf hin, daß die Verhandlungen über Besetzung des deutsch-russischen Zwischenfalls gegenwärtig schweben. Nach Bemerkungen mehrerer Abgeordneter vertagte sich der Ausschuss. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

# Rückkehr ins besetzte Gebiet.

## Zurückgezogene Ausweisungen.

Wie aus Koblenz von französischer Seite gemeldet wird, hat das französische Oberkommissariat in Koblenz der Rheinlandkommission die Zurückziehung von 7000 Ausweisungsbefehlen vorgelegt. Die Rheinlandkommission hat in allen Fällen diese Vorschläge angenommen. Bis zum 1. Mai sei in diese und seitdem in weiteren 2000 Fällen die Rückkehr ins besetzte Gebiet gestattet worden. Von den 800 aktiven Polizeibeamten sind 590 wieder in Dienst gestellt, aus 8000 Eisenbahnern in das Personal der Regie aufgenommen worden. In den übrigen Verwaltungszweigen sind 150 Beamte wieder eingestellt worden. Ferner hätten von 580 Personen, die von dem Militärgericht der französischen Zone verurteilt worden wären, 268 ihre Strafe abgehört, 210 seien begnadigt worden und 44 seien in Abwesenheit verurteilt worden. In den Gefängnissen der besetzten Gebiete befänden sich noch 58 Personen. — Ob diese Angaben alle stimmen, ist von deutscher Seite allerdings noch nicht bestätigt.

In einer halbamtlichen Auslassung in Paris wird gemeldet, daß, um die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern, Kriegsminister Nollet beauftragt worden sein soll, sofort an n e s t e m a h m e n für die in dem besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsbürger in Bearbeitung zu nehmen. Die Amnestie solle nicht generell, sondern je nach Art des Vergehens erfolgen.

# Kleine Nachrichten.

## Auswertungsangelegenheiten in Preußen.

Berlin, 17. Juni. In diesen Tagen finden, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, bei den zuständigen preussischen Ministerien Besprechungen über die Auswertung der Anleihen für verbundene Betriebe der Kommunen und kommunalen Verbände statt. Die Auswertung dieser Anleihen ist vorgeschrieben durch die Steuernotverordnung. Es handelt sich nicht um eine generelle Auswertung kommunaler Anleihen.

## Preussischer Landkreistag.

Berlin, 17. Juni. Die diesjährige Hauptversammlung aller preussischen Kreise hat der Verband der Preussischen Landkreise vom 21. bis 23. Juni zusammenberufen. Sie beginnt in Altona mit der Verhandlung allgemeiner kommunaler Fragen in Verbindung mit Besichtigungen der Hamburger und Altonaer Häfen und der Deutschen Werft. Am 22. und 23. finden die Verhandlungen in Flensburg statt.

## Neuregelung des Verkehrs durch die Kölner Zone.

Essen, 17. Juni. Seit dem 15. Mai hat eine Neuregelung des Verkehrs durch die Kölner Zone stattgefunden, wodurch in der Berechnung der Bracht für Sendungen im Regiebetriebe durch die Kölner Zone nach dem Regiebetriebe eine erhebliche Vereinfachung gegenüber dem bisherigen Zustande entstanden ist. Die Handelskammer und der Arbeitsausschuß für Eisenbahnfragen, dessen Geschäftsführung in der Handelskammer zu Essen liegt, haben sofort die nötigen Schritte getan, um diese für die gesamte Wirtschaft sehr bedeutenden Fragen so zu regeln, daß eine Schädigung der Wirtschaft nicht in Frage kommt.

## Scheidemann bleibt Oberbürgermeister.

Kassel, 17. Juni. Die Herr Oberbürgermeister Scheidemann auf eine Anfrage mittelst, beabsichtigt er keineswegs, aus dem Magistratsvorsitz in der Stadtverordnetenversammlung, das als von einer Zufallsübernahme stammend bezeichnet wird, die Konsequenzen zu ziehen.

## Das Befinden Seipels günstig.

Wien, 17. Juni. Das Befinden des Bundeskanzlers Seipel ist außerordentlich günstig. Die Ärzte sind mit dem Fortschreiten des Heilungsprozesses sehr zufrieden. Der Patient befindet sich schon einen Teil des Tages über außer Bett.

## Abkühlungsfragen in Genf.

Genf, 17. Juni. Der englische Antrag über die Stellungnahme des Völkerbundrates zu den in den Friedensverträgen von Neuilly, Saint Germain und Trianon vorgesehenen Abkühlungsfragen wird in der Sitzung des Völkerbundesrates zu seiner Lösung der Frage, auch nicht zu einer Debatte über die Sache selbst.

es wurde vielmehr auf Antrag des französischen Delegierten Souvenel mit Zustimmung Lord Barmoor beschlossen, die ständige Abkühlungskommission des Völkerbundes aufzufordern, ihre im Jahre 1920 begonnene Untersuchung fortzusetzen und dem Rat Vorschläge zu unterbreiten.

## Neue albanische Regierung.

Rom, 17. Juni. Die Morgenblätter melden aus Tirana, daß Konstantin Rikali mit der Bildung des neuen albanischen Ministeriums beauftragt worden sei.

## Der deutsche Gesandte in Angora.

Angora, 17. Juni. Gestern wurde der neue deutsche Gesandte zur Aüberreichung seines Beglaubigungsschreibens vom Präsidenten der Republik empfangen. Der feierlichen Antrittsaudienz wohnte auch der Unterstaatssekretär des Außenministeriums bei. Der Gesandte wurde unmittelbar danach von Zaimet Pascha empfangen.

## Angstvolle Lage des Arbeitsmarktes.

Berlin, 17. Juni. Im Reichsarbeitsblatt vom 16. Juni 1924 wird für den Monat Mai das Einsetzen einer rückläufigen Bewegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt festgestellt. Nach den besonderen Berichten der wirtschaftlichen Fachverbände, Handelskammern und Landesarbeitsämter sowie von rund 2000 einzelnen Industriebetrieben an die Reichsarbeitsverwaltung ist der Auftragsgang in den verschiedenen Zweigen der Industrie wesentlich schwächer geworden. Die Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt war vorerst noch nicht erheblich. Im ganzen hat sich die Zahl der Arbeitslosen nach den vorliegenden Ergebnissen noch nicht gesteigert, sie ist vielmehr noch im Mai vorerst im allgemeinen nur Anzeichen für ein wachsendes Angebot von Hilfsarbeitern bei zum Teil noch zunehmendem Mangel an Spezialarbeitern auf. Aber die wirtschaftlichen Wirkungen mangelnder Aufträge und der Kapital- und Kredit-schwierigkeiten machen sich für die Betriebe bereits stark fühlbar.

# Die neuen Beamtengehälter vor dem Reichskabinett.

Berlin, 18. Juni. Wie S. U. erfährt, wird sich das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung mit der künftigen Regelung der Beamtengehälter, die am 1. Juni in Kraft getreten sind, befassen. Die Neuregelung ist bekanntlich durch eine Verordnung des Reichsfinanzministers angeordnet worden. Gegen diese haben, wie bekannt ist, die einzelnen Fraktionen Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung sei die Regelung in den unteren Gehaltsgruppen nicht in der Höhe erfolgt, die notwendig gewesen sei. Auch von Seiten der Länder ist gegen diese Neuregelung Einspruch erhoben worden. Auch die sächsische und die bairische Regierung haben sich nicht an die vom Reichsfinanzminister festgesetzte Neuregelung gehalten, sondern haben Erhöhungen vorgenommen, die insbesondere in den unteren Gruppen von der allgemeinen Regelung wesentlich abweichend. Baden hat einen Antrag eingebracht, daß die Verordnung, wonach der Reichsfinanzminister berechtigt ist, die Gehälter der Beamten ohne Anordnung des Reichsrats und des Reichstages festzusetzen, aufzuheben sei. Wie S. U. zuverlässig erfährt, beabsichtigt die Reichsregierung, die Grundgehälter in den Befoldungsgruppen 1 bis 6 einer Revision zu unterziehen und die sozialen Zulagen zu erhöhen. Beschlüsse sind jedoch nicht erfolgt.

# Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 18. Juni 1924.

## Merkblatt für den 19. Juni 1924.

Sonnenaufgang 8<sup>39</sup> | Mondaufgang 10<sup>2</sup> A.  
Sonnennuntergang 8<sup>39</sup> | Monduntergang 6<sup>33</sup> B.  
1792 Dichter Gustav Schwab geb. — 1869 Romanist Heinrich Schönbauer geb. — 1884 Maler Ludwig Richter gest. — 1902 Könia Albert von Sachsen est.

Aus den Landtagsausschüssen. In der Sitzung des Haushaltsausschusses A wurde wieder eine Anzahl Etatkapitel erledigt. Bei Kapitel 52, Landesgesundheitsamt, entspann sich eine längere Aussprache über die ärztlichen Bezirksvereine Dresdens, der eine Umgestaltung in dem Sinne wünscht, daß das Landesgesundheitsamt eine selbständigere Stellung bekommt und unter ärztlicher Leitung mit Erweiterung des bisherigen Arbeitsgebietes. Von volksparteilicher und dem nationalliberalen Seite wurden diese Wünsche unterstützt. Die Sozialdemokraten und die anwesenden Regierungsvertreter äußerten aber ihre Bedenken dagegen. Bei der Abstimmung wurde der volksparteiliche Antrag, die Eingabe der Ärzte der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt und der Antrag der Berichterstatterin Frau Schilling (Soz.), die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen, angenommen. Im Zusammenhang mit Kapitel 53, Untersuchungsanstalten für öffentliche Gesundheitspflege, wurde der demokratische Antrag, die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. November 1923, wonach das Vertragsverhältnis mit den selbständigen Nahrungsmittelkernlern für den 30. Juni 1924 gekündigt werden soll, aufzuheben, behandelt. Der Ausschuss beschloß, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß die Verträge mit den selbständigen Nahrungsmittelkernlern bis Ende Dezember dieses Jahres verlängert werden sollen, während die Angelegenheit weiter geprüft werde, den Antrag durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären und von der Regierung eine Denkschrift über die Verhältnisse bei den Nahrungsmittelunteruchungsanstalten zu verlangen.

Langer Sommer in Aussicht? Während die Jungstare sich zu gemeinsamen Flugübungen schon jetzt auf sumpfigen Wiesen versammeln, tragen die alten Stare aufs neue zu Nester, um eine zweite Brut auszubrüten; Zeichen eines langsonnigen Sommers, den Vogelkundige vorherzusagen. Hoffentlich stimmt diese Wetterprophezeiung!

Was die Mode Neues bringt, erfahren unsere Leserinnen durch einen vorzüglich illustrierten Modebericht der Altstein-Schnittmuster-Zentrale, den wir in der heutigen Nummer unserer Zeitung zum Abdruck bringen. Vieles an uns gelangten Wünschen entsprechend bringen wir von nun an allwöchentlich die Neuheiten der Mode.

Krematorium in Freital. Am 20. Mai hatten Gemeindevertreter der Bezirke Freital, Wilsdruff, Dippoldiswalde und Freiberg an die Stadt Freital die Bitte gerichtet, obdinst

in Freital ein Krematorium zu errichten. Zur Förderung des Unternehmens soll nun ein Zweckverband errichtet werden. Mit diesem Ziele findet in Klingenberg am 29. Juni eine weitere Gemeindevertreterkonferenz statt.

Welche Geldarten dürfen die Postkassen noch in Zahlung nehmen? Es ist den Postbeamten nur noch gestatte, Reichsbanknoten, Reichsrentenmark, pfennig (Münzen), Rentenbank-scheine, werbeständiges Notgeld der Reichsbahn, sächsische Goldschuldschreibungen und außerdem die alten Reichspferdmünzen zu 1 und 2 Pf. in Zahlung zu nehmen. — Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das von der Handelskammer Dresden herausgegebene werbeständige Notgeld aufgerufen worden ist. Dasselbe wird in der Zeit vom 15. Juni bis einschließlich 15. Juli 1924 durch Vermittlung sämtlicher sächsischer Giro-kassen von der Girozentrale Sachsen in Dresden in gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht.

Sächsischer Pioniertag. Etwa 1500 ehemalige Pioniere und Angehörige verwandter Truppenteile hatten sich am Sonnabend und Sonntag in Bauen zum 4. Sächsischen Pioniertag versammelt. Am Sonntag fand eine Sitzung der Bevollmächtigten mit dem Ausschusse zur Veranstaltung von Pioniertagen statt, am Abend in den „Kronen-Häusern“ ein Begrüßungskommers. Nach mehreren Begrüßungsansprachen hielt auch General Grille, der frühere Kommandeur der sächsischen Pioniere, eine kurze Rede. Am Sonntag wurde in den sächsischen Anlagen am Kriegerdenkmal von 1870/71 die Gedertafel geweiht. Dann begaben sich die Tagungsteilnehmer nach der neuen Infanterie-kaserne, wo die Weib der neuen Fahne vorgenommen wurde. Am Nachmittag fand eine Besichtigung Bauhaus, am Abend ein Festball und am Montag ein Ausflug nach dem Czernobohr-tal.

Schmierereien in den Eisenbahnzügen. Wegen der An-fälle, die Bände in den Abteilen der Eisenbahnwagen und in den Abteilen durch ungebührliche Anstriche zu beschmierern, wird jetzt energisch vorgegangen. Die Eisenbahnbediensteten sollen häufige Nachprüfungen vornehmen und für sofortige Beseitigung der Schmierereien sorgen. Auch vorbeugende Maßnahmen sollen er-griffen werden, wie Verwendung besonderer Pulverarten, die das Verschmieren erschweren. Den Eisenbahnbeamten werden für Er-mittlung der Täter Belohnungen in Aussicht gestellt. Zur gründ-lichen Abhilfe bedarf es indes der Mitwirkung der Reisenden; nur mit ihrer Unterstützung wird es gelingen, dem Unfug zu steuern.

Kalenderturjum. Von Interesse dürfte sein, daß seit dem 1. Mai der Kalender dieses Jahres genau mit dem von 1919 übereinstimmt, sogar die beweglichen Feste fallen auf dieselben Kalendertage. Ein etwa noch vorhandener Abreiskalender von 1919 ließe sich jetzt ganz gut wieder verwenden, während ein solcher von 1920 vom 1. Januar bis 28. Februar des Jahres 1925 benutzt werden könnte, um dann auch nicht ganz wertlos zu werden, weil er vom 1. März ab wieder für das Jahr 1926 verwendbar wird, denn im letzteren Jahre liegen die beweg-lichen Feste wieder so wie 1920.

Zeitungslesen und insizieren soll man nicht nur im Herbst und Winter, sondern auch im Frühjahr und Sommer. Das muß immer aufs neue wieder betont werden, weil viele Leute meinen, im Sommer ohne Zeitung leben zu können, da in dieser Zeit ja doch nicht viel Neues passiert und weil viele Geschäfts-inhaber glauben, daß das Annoncieren sich nur vor Weihnachten lohnt, weil das der Bedarf für den Winter gedeckt werden muß und auch nur zu Weihnachten die Kaufkraft eine allgemeine ist. Daß dies aber grundsätzliche Ansichten sind, ist bekannt. Wie alle Tage etwas Neues auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens passiert, so bringt jeder Tag auch dieselben und daneben neue Bedürfnisse für Haus und Familie, Geschäft und Werkstatt mit sich. Kurzum, die Welt steht keine Sekunde still. Wer darum mit der Zeit fortschreiten will, der lese auch im Sommer seine Zeitung, der gebe als Geschäftsmann zu jeder Zeit dem Publi-kum bekannt, was er Gutes zu verkaufen hat.

Ausgangsverlehr nach Böhmen. In Bad Schandau auf dem Bahnhof, auf dem Schiff und in der Stadt und in Schönä-Herrnskirchen werden bis 30. Juni Tagesausweise zu Ausflügen in das Grenzgebiet gegen eine Gebühr von 50 Pf. ausgestellt. Wer davon Gebrauch machen will, muß sich über seine Person ausweisen können.

Falsche Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark. Von den in letzter Zeit ausgebenen Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark mit dem Datum des 1. Februar 1924, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen — Eichenlaub und Kreuzorn in ornamentaler Verarbeitung — und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzen-fasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Echtheitsmerkmale unschwer zu erkennen sind. Vor An-nahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Auf-deckung von Fälschungenwerftäten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

## Fronleichnam (19. Juni).

Das Fronleichnamsfest, das alljährlich am Donnerstag nach dem Dreifaltigkeitssonntag gefeiert wird, gilt als das höchste Fest des katholischen Kirchenjahres. Seine Bedeu-tung wird schon durch seinen Namen gekennzeichnet; denn die mittelhochdeutschen Worte „Frone“ und „leichname“, d. i. Herr und Leib, aus denen der Name entstand, sollten sagen, daß das Fest zum Gedächtnis an den Leib des Herrn, den der christliche Glaube in der beim Abendmahl genossenen Hostie versumblichlich, begangen wird. Die Einsetzung des Fronleichnamsfestes geht in das 13. Jahr-hundert zurück, in dem es auf die Anregung einer frommen Augustinerin, Juliana von Lutich, vom Paps Urban IV. als Kirchenfest bestimmt wurde. Anfangs feierte man das Fronleichnamsfest am Gründonnerstag; doch bald wurde es auf einen Tag nach Pfingsten verlegt, weil es nicht passend schien, in der ernsten Karwoche ein so prunkvolles Fest zu begehen. Die Hauptfeierlichkeiten des Fronleichnamsfestes bestehen in den prächtigen Umzügen, die besonders in den großen katholischen Städten unter sehr großer Beteiligung abgehalten werden. Bei diesen Pro-zessionen macht sich auch heute noch viel Brunk bemerkbar, da gewöhnlich auch die Handwerkszünfte, Schulen und Ver-eine mit ihren vielen bunten Fahnen mitziehen. In einigen südamerikanischen Staaten ist es Sitte, daß wäh-rend der Zug anhält, tanzten läßt. Auf den Fronleichnamstag folgt acht Tage später der „Heine Fronleichnam“, der durch keine Prozessionen gefeiert wird. Die Festsitzung be-zeichnet man in Süddeutschland als „Fronzeit“, weil alle Kläre mit Blumenkränzen verziert werden.